

Stand: 23.01.2026 03:56:14

Vorgangsmappe für die Drucksache 19/4311

"Neue Entwicklungen in Syrien: Aktuelle Situation genau beobachten und angemessene Konsequenzen in der Asylpolitik ziehen"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 19/4311 vom 10.12.2024
2. Beschluss des Plenums 19/4374 vom 12.12.2024
3. Plenarprotokoll Nr. 38 vom 12.12.2024



Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Klaus Holetschek, Michael Hofmann, Prof. Dr. Winfried Bausback, Tanja Schorer-Dremel, Martin Wagle, Petra Guttenberger, Holger Dremel, Dr. Gerhard Hopp, Thomas Huber, Dr. Alexander Dietrich, Norbert Dünkel, Alex Dorow, Jürgen Eberwein, Karl Freller, Thorsten Freudenberger, Sebastian Friesinger, Martina Gießübel, Alfred Grob, Josef Heisl, Thomas Holz, Melanie Huml, Andreas Jäckel, Andreas Kaufmann, Dr. Stephan Oetzinger, Helmut Schnotz, Martin Stock, Karl Straub, Peter Wachler und Fraktion (CSU),**

Florian Streibl, Felix Locke, Alexander Hold, Tobias Beck, Martin Behringer, Dr. Martin Brunnhuber, Susann Enders, Stefan Frühbeißer, Johann Groß, Wolfgang Hauber, Bernhard Heinisch, Marina Jakob, Michael Koller, Nikolaus Kraus, Josef Lausch, Christian Lindinger, Rainer Ludwig, Ulrike Müller, Prof. Dr. Michael Piazzolo, Bernhard Pohl, Julian Preidl, Anton Rittel, Markus Saller, Martin Scharf, Werner Schießl, Gabi Schmidt, Roswitha Toso, Roland Weigert, Jutta Widmann, Benno Zierer, Felix Freiherr von Zobel, Thomas Zöller und Fraktion (FREIE WÄHLER)

Neue Entwicklungen in Syrien: Aktuelle Situation genau beobachten und angemessene Konsequenzen in der Asylpolitik ziehen

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag gibt seiner Hoffnung Ausdruck, dass der Sturz des Präsidenten Baschar al-Assad zu einem Ende des Bürgerkrieges in Syrien führen und den Beginn eines dauerhaften und tragfähigen Friedens in Syrien markieren wird. Ein Ende des Bürgerkrieges ist die Voraussetzung für den an vielen Stellen notwendigen Wiederaufbau und eine dauerhaft positive Entwicklung Syriens, die den Menschen in Syrien wieder Frieden, Religionsfreiheit und Perspektiven bieten kann.

Der Landtag stellt fest, dass ein Ende des Bürgerkriegs für die aus Syrien nach Deutschland geflüchteten Menschen ebenfalls Perspektiven für eine Rückkehr in ihr Heimatland eröffnet.

Der Landtag sieht die Bundesregierung gefordert, die Lage in Syrien weiterhin genau zu beobachten und laufend neu zu bewerten. Bei einer Stabilisierung der Lage sollen die notwendigen Weichen für eine Rückkehr der aus Syrien geflüchteten Menschen gestellt werden. Dem Landtag ist wichtig, dass dabei das Prinzip von Humanität und Ordnung gewahrt wird. Insbesondere mit Blick auf Familien, aber auch mit Blick auf die Aufnahmefähigkeit eines sich wieder neu sortierenden politischen Systems in Syrien muss mit Augenmaß und schrittweise vorgegangen werden. Programme, die eine Rückkehr fördern und zugleich Hilfe bei einem Neuanfang in Syrien bieten, sind ein wichtiger Baustein und können zugleich ein wesentlicher Beitrag zum Wiederaufbau sein.

Der Landtag fordert, dass dieser neuen Entwicklung auch im Rahmen des Asylverfahrens – z. B. bei der Entscheidung über den Schutzstatus – Rechnung getragen wird.

Begründung:

Der syrische Präsident Baschar al-Assad wurde gestürzt und hat Syrien verlassen. Der Anführer der Gruppe Hajat Tahrir al-Scham (HTS), Abu Muhammad al-Dschaulani, der den Kampf gegen al-Assad mitangeführt hat, verhandelt nach übereinstimmenden Berichten bereits mit dem Regierungschef Mohamed al-Dschalali über eine friedliche Machtübergabe. Noch ist offen, wie sich die Lage in Syrien in den kommenden Wochen und Monaten entwickeln wird. Entscheidend ist, dass sich die internationale Gemeinschaft, allen voran die Türkei, Russland, der Iran und die Vereinigten Staaten, gemeinsam für eine Stabilisierung und eine Beilegung des Bürgerkriegs engagieren.

Diese Entwicklungen gilt es, genau zu beobachten. Kommt es zu einem tragfähigen Frieden in Syrien, bedeutet das auch, dass die nach Deutschland geflüchteten Syrerinnen und Syrer wieder in ihre Heimat zurückkehren können und sollen, wo sie einen Beitrag zum Wiederaufbau ihres Landes leisten können. Dies ist mit Blick auf die aktuelle Belastung von Gesellschaft, Kommunen und Sozialsystemen auch dringend geboten.

Dieser dynamischen Situation sollte auch im Rahmen des Asylverfahrens Rechnung getragen werden. Die im Einklang mit anerkannten Migrationsforschern stehende Entscheidung des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge, jetzt alle laufenden Asylverfahren von Syrerinnen und Syriern zunächst zurückzustellen, ist daher zu begrüßen. Auch bei der Verlängerung von Aufenthaltstiteln sollte darauf geachtet werden, einen Aufenthalt nicht weiter zu verfestigen.



Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten **Klaus Holetschek, Michael Hofmann, Prof. Dr. Winfried Bausback, Tanja Schorer-Dremel, Martin Wagle, Petra Guttenberger, Holger Dremel, Dr. Gerhard Hopp, Thomas Huber, Dr. Alexander Dietrich, Norbert Dünkel, Alex Dorow, Jürgen Eberwein, Karl Freller, Thorsten Freudenberger, Sebastian Friesinger, Martina Gießübel, Alfred Grob, Josef Heisl, Thomas Holz, Melanie Huml, Andreas Jäckel, Andreas Kaufmann, Dr. Stephan Oetzinger, Helmut Schnotz, Martin Stock, Karl Straub, Peter Wachler** und **Fraktion (CSU)**,

Florian Streibl, Felix Locke, Alexander Hold, Tobias Beck, Martin Behringer, Dr. Martin Brunnhuber, Susann Enders, Stefan Frühbeißer, Johann Groß, Wolfgang Hauber, Bernhard Heinisch, Marina Jakob, Michael Koller, Nikolaus Kraus, Josef Lausch, Christian Lindinger, Rainer Ludwig, Ulrike Müller, Prof. Dr. Michael Piazolo, Bernhard Pohl, Julian Preidl, Anton Rittel, Markus Saller, Martin Scharf, Werner Schießl, Gabi Schmidt, Roswitha Toso, Roland Weigert, Jutta Widmann, Benno Zierer, Felix Freiherr von Zobel, Thomas Zöller und **Fraktion (FREIE WÄHLER)**

Drs. 19/4311

Neue Entwicklungen in Syrien: Aktuelle Situation genau beobachten und angemessene Konsequenzen in der Asylpolitik ziehen

Der Landtag gibt seiner Hoffnung Ausdruck, dass der Sturz des Präsidenten Baschar al-Assad zu einem Ende des Bürgerkrieges in Syrien führen und den Beginn eines dauerhaften und tragfähigen Friedens in Syrien markieren wird. Ein Ende des Bürgerkrieges ist die Voraussetzung für den an vielen Stellen notwendigen Wiederaufbau und eine dauerhaft positive Entwicklung Syriens, die den Menschen in Syrien wieder Frieden, Religionsfreiheit und Perspektiven bieten kann.

Der Landtag stellt fest, dass ein Ende des Bürgerkriegs für die aus Syrien nach Deutschland geflüchteten Menschen ebenfalls Perspektiven für eine Rückkehr in ihr Heimatland eröffnet.

Der Landtag sieht die Bundesregierung gefordert, die Lage in Syrien weiterhin genau zu beobachten und laufend neu zu bewerten. Bei einer Stabilisierung der Lage sollen die notwendigen Weichen für eine Rückkehr der aus Syrien geflüchteten Menschen gestellt werden. Dem Landtag ist wichtig, dass dabei das Prinzip von Humanität und Ordnung gewahrt wird. Insbesondere mit Blick auf Familien, aber auch mit Blick auf die Aufnahmefähigkeit eines sich wieder neu sortierenden politischen Systems in Syrien muss mit Augenmaß und schrittweise vorgegangen werden. Programme, die eine Rückkehr fördern und zugleich Hilfe bei einem Neuanfang in Syrien bieten, sind ein wichtiger Baustein und können zugleich ein wesentlicher Beitrag zum Wiederaufbau sein.

Der Landtag fordert, dass dieser neuen Entwicklung auch im Rahmen des Asylverfahrens – z. B. bei der Entscheidung über den Schutzstatus – Rechnung getragen wird.

Die Präsidentin

I.V.

Tobias Reiß

I. Vizepräsident

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Erster Vizepräsident Tobias Reiß

Abg. Karl Straub

Abg. Richard Graupner

Abg. Arif Taşdelen

Abg. Ralf Stadler

Abg. Florian Siekmann

Abg. Alexander Hold

Abg. Oskar Atzinger

Abg. Martin Stock

Staatsminister Joachim Herrmann

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Ich rufe **Tagesordnungspunkt 18** auf:

Beratung der zum Plenum eingereichten Dringlichkeitsanträge

Zur gemeinsamen Beratung rufe ich auf:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten

Klaus Holetschek, Michael Hofmann, Prof. Dr. Winfried Bausback u. a. und Fraktion (CSU),

Florian Streibl, Felix Locke, Alexander Hold u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)

Neue Entwicklungen in Syrien: Aktuelle Situation genau beobachten und angemessene Konsequenzen in der Asylpolitik ziehen ([Drs. 19/4311](#))

und

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katrin Ebner-Steiner, Christoph Maier, Martin Böhm u. a. und Fraktion (AfD)

Syrien ohne Assad: Remigrations- und Wiederaufbauoffensive jetzt! ([Drs. 19/4313](#))

und

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Holger Gießhammer, Arif Tasdelen, Volkmar Halbleib u. a. und Fraktion (SPD)

Bayern steht an der Seite eines freien und gerechten Syriens - gut integrierte Syrerinnen und Syrer bleiben willkommen ([Drs. 19/4362](#))

und

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Florian Siekmann u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Sicherheit für Menschen hier und in Syrien ([Drs. 19/4363](#))

Ich gebe bekannt, dass die CSU-Fraktion zum Antrag der CSU-Fraktion und der FREI-EN WÄHLER auf Drucksache 19/4311 namentliche Abstimmung beantragt hat.

Ich eröffne die gemeinsame Aussprache und erteile dem Kollegen Karl Straub das Wort.

Karl Straub (CSU): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Von meiner Seite ein ganz herzlicher Dank an die CSU- und die FREIE-WÄHLER-Fraktion, aber auch an unseren Ministerpräsidenten und unseren Innenminister dafür, dieses ganz aktuelle Thema heute auf die Tagesordnung zu setzen.

In den letzten Wochen ist in Syrien jede Menge passiert. Es ist geboten, die Lage in Syrien genau zu beobachten; denn sie könnte Auswirkungen auf die Migration innerhalb Europas, aber auch auf der ganzen Welt haben.

Was ist passiert? – Der bisherige Diktator Assad ist gestürzt worden, und die HTS hat die Macht ergriffen. Die HTS ist eine Organisation, die vor Kurzem noch als Terrororganisation eingestuft wurde, die durch Menschenrechtsverletzungen aufgefallen ist, sich aber offensichtlich momentan gewandelt hat. Ein eher linkes Medium hat kommentiert: Syrien ist jetzt frei. – Ich betone ganz ausdrücklich: Diese Euphorie teile ich noch nicht.

Umso wichtiger ist es, dass die Regierungskoalition diesen Antrag auf die Tagesordnung gesetzt hat, um die Lage genau zu beobachten; denn Tausende syrischstämmige Leute, Syrer in Deutschland haben ob dieser Entwicklung gejubelt.

In Berlin gab es unterschiedliche Reaktionen. Das ist ein Lehrbeispiel dafür, wie in Berlin reagiert wird. Die Union hat genau richtig reagiert; sie hat nämlich gesagt: Wir müssen die Lage sachlich bewerten. Von der ehemaligen Ampel-Regierung kamen unterschiedlichste Reaktionen. Geradezu kam eine Angst auf, dass sich jetzt migrationspolitische Dinge eventuell anders gestalten, vielleicht sogar im Sinne aller Beteiligten besser gestalten lassen können.

(Volkmar Halbleib (SPD): Grober Unfug! Blühender Blödsinn!)

Ich begrüße ausdrücklich, dass das BAMF am darauffolgenden Montag sofort die Entscheidung getroffen hat, Entscheidungen über Asylanträge syrischer Asylbewerber momentan auszusetzen. Das bedeutet noch nicht, dass diese Anträge zwangsläufig abgelehnt werden. Die Lage ist aber neu einzuschätzen.

Lassen Sie uns einmal auf die Lage in Bayern blicken. Momentan leben in Bayern knapp 93.000 Syrer. Da wir ständig aus Berlin Belehrungen bekommen, möchte ich betonen: Bayern hat die Herausforderungen der letzten Jahre hervorragend gemeistert. Da darf man auch einmal klatschen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Deswegen haben wir es nicht nötig, ständig Belehrungen aus Berlin zu bekommen. Man darf hier an unsere Behörden und an die vielen Ehrenamtlichen, die Einsatz geleistet haben, Danke sagen.

(Volkmar Halbleib (SPD): Sie belehren doch immer Berlin!)

Viele dieser Menschen stehen unter subsidiärem Schutz oder genießen einen ähnlichen Schutzstatus. Ich möchte ausdrücklich betonen, dass inzwischen knapp 20.000 Syrer eingebürgert sind. Sie sind also Deutsche. Da komme ich zu meiner Frage an die AfD: Sind dies eigentlich auch für Sie Deutsche? Für mich sind es Deutsche, und sie sind uns herzlich willkommen. Sie haben die Einbürgerung erfolgreich bestritten. Sie gehören zu uns, sie gehören zu Bayern – ganz klar.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Momentan haben wir in Bayern 8.600 Syrer im laufenden Verfahren. Bis vor Kurzem hatten wir sehr hohe Anerkennungsquoten. Syrien ist eines der Hauptherkunftsländer, die momentan das Asylgeschehen bestimmen. 30.000 dieser Syrer sind in Arbeit, 30.000 sind aber Bürgergeldempfänger, 12.000 sind arbeitslos.

Die einzig entscheidende Frage – erster Punkt – lautet jetzt: Kann man in Zukunft in Syrien sicher leben? Dann kommen die Mechanismen in Gang. Ich glaube, bei den 30.000 Menschen müssen wir aufpassen, was wir mit ihnen machen. 30.000 Menschen sind in Arbeit, haben teilweise die Niederlassungserlaubnis oder einen ähnlichen Aufenthaltsstatus. Ich glaube, daran brauchen wir nicht zu rütteln. Es ist aber richtig, mit denjenigen, bei denen die Integration nicht so gut gelungen ist, über freiwillige Rückkehr zu reden; denn das ist vielleicht sogar das, was sie auch selber wollen.

Ein zweiter Punkt – das unterstützt sogar Frau Baerbock – ist: Ich glaube, wir müssen momentan Fluchtbewegungen aus Syrien verhindern. Wir müssen ganz genau wissen, wer in Zukunft zu uns kommt. Deswegen wundert es mich, liebe GRÜNE, dass Sie heute Ihren Dringlichkeitsantrag gestellt haben. Ein entscheidender Punkt ist, jetzt Flucht aus Syrien zu verhindern.

Mit Blick auf die Zeit gehe ich nur ganz kurz auf die anderen Dringlichkeitsanträge ein. Hier gibt es ganz deutliche Unterschiede. Ich möchte einen Punkt des Antrags der GRÜNEN herausgreifen. Die GRÜNEN sagen sofort: Wir müssen die Integration fortsetzen; wir müssen die Sprachkurse fortsetzen. Liebe GRÜNE, ich wäre Ihnen dankbar gewesen, wenn Sie die entsprechen Mittel in Ihrem Bundeshaushalt bereitgestellt hätten, damit das auch getan werden kann.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN – Zuruf des Abgeordneten Florian Siekmann (GRÜNE))

Abschließend etwas zu den Kollegen rechts außen: Ich glaube, Sie wachen in der Früh auf und denken an Remigration. Ich meine, Sie gehen am Abend ins Bett und denken an Remigration. Bewiesen hat dies gestern Ihr 23-jähriger Kollege. Mein Sohn ist auch 23. Ich möchte Bayern zurufen: Nicht alle 23-Jährigen sind so wie der Kollege Halemba,

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

sondern verhalten sich ihrem Alter entsprechend selbstbewusst, aber nicht überheblich.

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit und freue mich auf die Ausführungen von Herrn Stock, der alles ergänzen wird, was ich jetzt nicht mehr ausführen könnte.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Nächster Redner ist der Kollege Richard Graupner für die AfD-Fraktion.

(Beifall bei der AfD)

Richard Graupner (AfD): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Man kann sich gleich zu Beginn amüsieren, wenn man diese Rede hier verfolgt hat. Die Regierung Assad ist Geschichte. Überall in Europa sah man Aufmärsche und Jubelfeiern von syrischen Migranten. Zehntausende wälzten sich durch die Metropolen, wie in Berlin, Köln, Wien, Paris und London. Hier in München waren es 6.000, sodass man zeitweilig dachte, man sei in Damaskus oder in Idlib.

(Arif Taşdelen (SPD): Ja, Wahnsinn! Wahnsinn, Wahnsinn!)

Die öffentlichen Freudendemonstrationen bezeugen die große Verbundenheit der Syrer mit ihrem Heimatland. Sie freuen sich ja auch zu Recht; denn mit der Flucht Assads erübrigt sich gleichzeitig ihre eigene Flucht.

(Beifall bei der AfD)

Assad war ja der Hauptgrund für diese. Darum sind sie nun auch verpflichtet, unverzüglich in ihre Heimat zurückzukehren.

(Beifall bei der AfD)

Dort werden sie dringend gebraucht, um das Land wiederaufzubauen und zu stabilisieren.

Genauso wie es moralische und vaterländische Pflicht aller Syrer ist heimzukehren, genauso ist es die Pflicht der deutschen Politik, die politischen und strukturellen Rahmenbedingungen für deren geordnete und umfassende Remigration zu schaffen, und zwar unverzüglich.

(Beifall bei der AfD)

Diese Pflicht haben wir gegenüber unserem Land und unseren Bürgern. Kein europäisches Land hat mehr Syrer aufgenommen als Deutschland.

(Arif Taşdelen (SPD): Das stimmt nicht! Das stimmt nicht!)

Circa eine Million Syrer leben inzwischen bei uns. Das sind circa 5 % der gesamten syrischen Bevölkerung. Diese Masse stellt eine ungeheure Belastung sowohl für unsere Sozialkassen als auch für die innere Sicherheit dar. Hunderttausende arbeitsfähiger Syrer sind im Bürgergeld. Die Grundsicherung dieser Leute kostete allein im letzten Jahr 5,3 Milliarden Euro. Gleichzeitig machen Syrer den Hauptanteil der Tatverdächtigen im Bereich der Gewaltkriminalität und der Sexualstraftaten unter allen Zuwandern aus. Allein die Entlastung der Sozialkassen und der Gewinn an innerer Sicherheit wären schon Grund genug für konsequente Rückführungsmaßnahmen.

(Beifall bei der AfD)

Die Remigration syrischer Staatsbürger entspricht aber auch geltendem Recht, das endlich durchgesetzt werden muss. Nur ein halbes Prozent der in Deutschland befindlichen Syrer hat einen Anspruch auf Asyl. Die allermeisten haben einen Schutzstatus, und dieser ist auf Zeit vergeben, bis zum Wegfall des Schutzgrundes. Genau das ist mit dem Sturz Assads eingetreten. Wer jetzt noch, wie die Ampel, im Schweinsgalopp einbürgert, der zeigt doch, dass es ihm niemals darum ging, Menschen Schutz auf Zeit zu gewähren, sondern dem geht es doch in erster Linie darum, das deutsche Staatsvolk, aus welchen Gründen auch immer, auf Teufel komm raus in einen ethnischen Fli-

ckenteppich zu verwandeln. Das ist Verrat am Interesse Deutschlands und Verrat am deutschen Volk.

(Beifall bei der AfD)

Deswegen fordern wir ebenfalls einen sofortigen Stopp neuer Einbürgerungen von syrischen Staatsbürgern. Vergessen wir auch ein Weiteres nicht: Es ist nicht auszuschließen, dass mit der Machtübernahme durch radikale Islamisten in Damaskus neue Fluchtbewegungen entstehen können. Das hieße im Ernstfall: Zu den hier befindlichen Assad-Gegnern kämen nun auch noch dessen Anhänger hinzu. Ein reines Horrorszenario! Wir müssen in jedem Fall verhindern, dass der syrische Bürgerkrieg auf deutschem Boden ausgetragen wird. Auch aus diesem Grund ist die umfassende Rückführung der hier derzeit lebenden Syrer notwendig.

Von solchen eindeutigen und klaren Forderungen ist der Antrag der CSU allerdings meilenweit entfernt. Er spiegelt vielmehr den typischen Schlingerkurs unserer CSU-Bierzeltkonservativen wider: heute hü, morgen hott. In der einen Minute erklärt der Herr Ministerpräsident den Rechtsgrund für syrische Asylbegehren für nichtig, im nächsten Moment lässt der Herr Innenminister vernehmen: Niemand hat die Absicht, gut integrierte Syrer abzuschieben.

Es ist wieder mal das alte Spiel mit der Zauberformel von Humanität und Ordnung. Man dreht es sich, wie man es eben braucht. Aber das bewusst nebulöse Gerede von Integration und Humanität darf nicht länger als Ausrede dafür herhalten, geltendes Recht mit Füßen zu treten. Jetzt ist Zeit, endlich wieder Ordnung zu schaffen.

(Beifall bei der AfD)

Die Deutschen haben keinerlei Verständnis mehr dafür, dass hier ganze Bataillone syrischer junger Männer wie auf Knopfdruck mobilisiert Machtdemonstrationen abhalten, aber die gleichen Leute anscheinend in großer Zahl nicht fähig sind, sich einer geregelten Arbeit zuzuwenden, oder dann kriminell werden.

In Österreich wird bereits an einem geordneten Rückführungs- und Abschiebeprogramm gearbeitet; denn dort werden die behäbigen ÖVP-Konservativen von einer starken FPÖ vor sich hergetrieben. In Bayern sitzt die AfD der CSU im Nacken,

(Felix Locke (FREIE WÄHLER): Im Nacken?)

und die CSU muss sich nun mal entscheiden: entweder klarer Kurs à la Österreich oder weitere Bücklinge in Richtung linker Migrationsfanatiker.

(Beifall bei der AfD)

Eines zumindest hat der Herr Ministerpräsident ganz richtig erkannt: Wenn Sie jetzt nicht handeln, dann werden es bald andere tun, spätestens nach den Neuwahlen im Februar. Das wird dann die AfD als einzige Sachwalterin deutscher Interessen sein.

(Beifall bei der AfD)

Wir lehnen den CSU-Antrag ab; denn er ist, wie ich gerade ausgeführt habe, angesichts des dringenden Handlungsbedarfes viel zu windelweich geraten. Die Anträge von Rot-Grün, die sich hier wieder als Vertreter aller möglichen Interessen, nur nicht der bayerischen und der deutschen Interessen entlarven, sind ohnehin indiskutabel. Wir fordern Sie auf, sich im Sinne des geltenden Rechts und im Interesse Bayerns unserem Antrag anzuschließen.

(Beifall bei der AfD)

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Nächster Redner ist Kollege Arif Taşdelen für die SPD-Fraktion.

Arif Taşdelen (SPD): Herr Präsident, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Der Sonntag war ein besonderer Tag, ich denke, für alle hier im Hohen Haus. Es war der Tag, an dem das Assad-Regime gestürzt wurde – das Assad-Regime, das insgesamt über 50 Jahre in Syrien Terror und Angst verbreitet hat. Das Assad-Regime war im letzten halben Jahrhundert das blutigste und kaltblütigste Regime weltweit. Das ist ein guter

Tag für Syrien, das ist ein guter Tag für alle Syrerinnen und Syrer weltweit, insbesondere auch für alle Syrerinnen und Syrer in Deutschland, die sich zu Recht gefreut haben. Am liebsten wäre ich an dem Abend auch auf die Straße gegangen und hätte mich mit ihnen gefreut.

(Beifall bei der SPD sowie Abgeordneten der GRÜNEN)

Dann hätte die AfD wohl jetzt auch meine Abschiebung verlangt.

(Zuruf von der AfD: So ein Schmarrn!)

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, bei dem Antrag der CSU-Fraktion werden wir uns enthalten, weil der CSU-Antrag im Grunde genommen durch Regierungshandeln schon erledigt ist. Das ist ein Aufruf oder eine Ankündigung, dass die Bundesregierung jetzt das Ganze beobachten soll usw.; das passiert sowieso. Kollege Straub, der Bundeskanzler hat sich gleich am Sonntagabend zur Lage in Syrien geäußert. Die Bundesinnenministerin hat verfügt, dass alle Asylanträge erst mal auf Eis gelegt werden. Den Vorwurf von Ihnen, die SPD und die Ampel-Regierung hätten das verschlafen, weise ich in aller Entschiedenheit zurück.

(Beifall bei der SPD)

Ich bin Ihnen, Herr Staatsminister Herrmann, sehr dankbar, dass Sie einige Stimmen aus Ihrer Partei, aber auch aus Ihrer Schwesterpartei sehr schnell eingefangen haben, indem Sie gesagt haben, dass diejenigen, die hier sind, hier arbeiten, das System am Laufen halten, natürlich hier eine Bleibeperspektive haben und dass niemand daran denkt, diese Menschen abzuschieben. Dass wir für diejenigen, die an freiwillige Rückkehr denken, natürlich Unterstützungsleistungen anbieten sollten, da bin ich absolut bei Ihnen. Dafür sage ich Ihnen auch herzlichen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, nun komme ich zum AfD-Antrag. Der Kollege Straub hat die Remigration erwähnt. Wissen Sie, was wir eigentlich bräuchten? – Wir bräuchten eine Reintegration, also eine Wiedereingliederung dieser Fraktion hier rechts außen in die Gesellschaft.

(Beifall bei der SPD sowie des Abgeordneten Felix Locke (FREIE WÄHLER))

Sie sind in den letzten Jahren so radikal und migrantenfeindlich geworden, dass mir die Fantasie fehlt, wie es gelingen soll, Sie in die Gesellschaft wieder einzugliedern. Die Wirklichkeit sieht so aus – das können Sie im Integrationsbericht der Integrationsbeauftragten der Bundesregierung nachlesen –, dass zwei Drittel der Menschen mit ausländischem Pass in Deutschland einem qualifizierten Job nachgehen. Sie tragen dazu bei, dass dieser Laden am Laufen gehalten wird. Diese Nebelkerze, die Sie anzünden, um zu suggerieren, dass Migrantinnen und Migranten dieses Land kaputt machen, in die Sozialsysteme einwandern usw., stimmt von vorn bis hinten nicht. Lesen Sie den Integrationsbericht der Beauftragten der Bundesregierung. Nun hat dieser Bericht aber 400 Seiten. Ich bin mir sicher, Sie werden sich nicht mit 400 Seiten beschäftigen. Von daher: Glauben Sie mir, dass Migrantinnen und Migranten einen großen Teil dazu beitragen, dass Deutschland, dass Bayern funktioniert. Wir als SPD-Fraktion sind dankbar, dass so viele Migrantinnen und Migranten dazu beitragen, dass Bayern so schön und vielfältig ist und dass die Wirtschaft floriert.

(Beifall bei der SPD)

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Der Kollege Stadler hat sich zu einer Zwischenbemerkung gemeldet.

Ralf Stadler (AfD): Sehr geehrter Herr Kollege Taşdelen, Sie haben gesagt, man sollte die Asylanträge auf Eis legen. Das verstehe ich jetzt nicht ganz. Heißt das, Sie wollen jetzt praktisch die Flüchtlinge, die kommen, an den Grenzen zurückweisen? Oder geht es genauso wie 2014 weiter? Und was heißt Asyl? Bin ich da verkehrt? Heißt Asyl nicht Aufenthalt auf Zeit? – Die Bürger da draußen kennen sich nämlich schon

überhaupt nicht mehr aus. Sind das jetzt Asylanten? Sind es Fachkräfte? Sind es Migranten? – Sie drehen es sich, wie Sie es brauchen. Also, bitte klären Sie uns doch da einmal auf. Es ist doch toll, wenn ein Asylant zu uns kommt. In dieser Zeit kann er etwas lernen. Jetzt ist er eine Bereicherung für Syrien, wenn es so weit ist, dass er nach Hause kommt und da etwas aufbauen kann. Oder verstehe ich das falsch?

Arif Taşdelen (SPD): Das BAMF hat entschieden, dass Asylanträge im Moment nicht abschließend bearbeitet werden. Was gibt es daran nicht zu verstehen?

(Beifall bei der SPD)

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Nächster Redner ist der Kollege Florian Siekmann für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Florian Siekmann (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Nach 13 Jahren Bürgerkrieg in Syrien wurde die verhasste Diktatur von Baschar al-Assad gestürzt. Eine islamistische Miliz steht vor der Machtübernahme in Damaskus. Ich verstehe die grundsätzliche Begeisterung, dass das folternde und mordende Regime Assad Geschichte ist. Wir dürfen uns aber keine Illusionen machen; denn die führende Rebellengruppe HTS ist eine klar islamistische Miliz. Sie hat den Täter der Anschläge hier in München auf das Generalkonsulat und auf das NS-Dokumentationszentrum inspiriert. Von einer Demokratie oder zumindest von einem politischen System mit Religions- und Meinungsfreiheit ist Syrien noch immer ein weites Stück entfernt.

Gleichzeitig gehen noch etliche Konflikte im Land weiter. Im Norden attackiert das türkische Militär weiter kurdische Gebiete. Zwischen den unterschiedlichen Rebellengruppen drohen Spannungen, und im Süden operiert Israel militärisch. In so einer Situation braucht es jetzt Besonnenheit. Das ist eine geschlossene Unterstützung der leisen Hoffnung auf Frieden. Dazu gehört natürlich auch, dass im BAMF laufend die Lage analysiert wird, dass geschaut wird, wie Asylanträge künftig beschieden werden; aber was wir statt dieser Besonnenheit erleben, ist ein absurder Abschiebewettbewerb

um die schrillste und menschenunwürdigste Forderung, die leider auch von der Union lautstark vorangetrieben wird.

(Beifall bei den GRÜNEN – Michael Hofmann (CSU): Quatsch! Das müssen Sie in diesem Dringlichkeitsantrag erst einmal nachweisen!)

Jens Spahn wollte am liebsten alle Syrerinnen und Syrer ins Flugzeug setzen. Markus Söder hat dann in seinem verzweifelten Kampf um bundespolitische Aufmerksamkeit gleich komplett den Rechtsgrund für den Verbleib der Syrerinnen und Syrer infrage gestellt. Beides war dann doch absurd. Da bin ich Innenminister Joachim Herrmann dankbar, dass er klargestellt hat – Zitat –: "An Abschiebungen können wir im Moment sicherlich nicht denken."

(Beifall bei den GRÜNEN)

Aber da drängt sich doch eine Frage auf: Wer hat denn jetzt bei diesem Thema gerade das Sagen? Ist es der Möchtegern-Kanzlerkandidat Markus Söder oder der zuständige Integrationsminister Joachim Herrmann?

(Volkmar Halbleib (SPD): Ja!)

Liebe CSU, mit diesem doppelten Spiel gefährden Sie den Frieden im Land und verunsichern die Menschen draußen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Bei uns leben knapp eine Million Syrerinnen und Syrer. Die haben in der jetzigen Situation Sicherheit über ihre Zukunft hier im Land verdient, statt ständig verunsichert zu werden. Darunter befinden sich über 300.000 syrische Kinder und Jugendliche. Ich sage es ganz deutlich: Wir GRÜNE werden keine Kinder und Jugendlichen in ein vom Bürgerkrieg zerstörtes Land ohne stabile politische Führung schicken.

(Beifall bei den GRÜNEN)

272.000 Syrerinnen und Syrer arbeiten hier. Der Großteil davon ist sozialversicherungspflichtig. Diese Zahlen steigen jedes Jahr, und das beweist, dass die Integrationsarbeit, die wir leisten, Wirkung zeigt. Im Gesundheitswesen sind sie inzwischen zu einer tragenden Säule der Versorgung der gesamten Bevölkerung hier geworden.

Liebe CSU, Sie haben jetzt mit dem Abschiebewettbewerb der letzten Tage nicht nur diese Syrerinnen und Syrer verunsichert, sondern unsere bayerischen Unternehmen gleich mit. Bayern braucht Zehntausende Fach- und Arbeitskräfte. Sprachkurse und Berufsqualifizierung müssen deswegen weitergehen. Wir können es uns doch nicht leisten, dass die vielen Geflüchteten, die bereits hier sind, jetzt in monate- oder jahrelange Hängepartien gehen.

Kolleginnen und Kollegen, ich habe mich schon länger gefragt, warum Markus Söder ständig das Plenum schwänzt. Er ist auch heute nicht da, obwohl Sie – und das rechne ich Ihnen durchaus hoch an – mit Ihrem Dringlichkeitsantrag versuchen, die rhetorischen Scherben, die Markus Söder zu Syrien zurückgelassen hat, ein Stück weit zusammenzufügen.

(Michael Hofmann (CSU): So ein Quatsch!)

Wenn das nicht an einer allgemeinen Ablehnung, Abneigung gegenüber dem Parlament liegt, dann vielleicht an der kolossalen Schwäche der CSU-Fraktion, für deren Anträge sich der Ministerpräsident herzlich wenig zu interessieren scheint.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich will noch mit einer Zahl schließen, die Mut macht: Wir haben 143.000 Syrerinnen und Syrer, die bis Ende 2023 die deutsche Staatsbürgerschaft verliehen bekommen haben, die bei uns eine neue Heimat gefunden haben. Sie haben nach einer harten Flucht unsere Sprache gelernt, Integrationstests bestanden und verdienen ihren Lebensunterhalt selbstständig. Mich erfüllt das ehrlich mit Stolz, wenn sich Menschen nach einer Flucht vor einem Bürgerkrieg jahrelang ins Zeug legen, um deutsche

Staatsbürgerinnen und deutsche Staatsbürger zu werden. Ich würde mir wünschen, dass wir über diese großen Erfolge unserer Integrationsarbeit in Zukunft deutlich lauter sprechen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Es liegt eine Meldung zu einer Zwischenbemerkung des Kollegen Karl Straub vor.

Karl Straub (CSU): Sehr geehrter Herr Kollege Siekmann, Sie haben immer eine wahnsinnige Sehnsucht nach unserem Ministerpräsidenten. Das kann ich verstehen, weil er ein sehr guter Ministerpräsident ist.

(Beifall bei der CSU)

In dem Zusammenhang frage ich mich – Sie haben selber einen Dringlichkeitsantrag gestellt –: Wo sind denn eigentlich Ihre Fraktionsvorsitzenden gerade im Moment? – Ich möchte betonen, dass unser Ministerpräsident unterwegs ist, um sich um Bayern zu kümmern. Das hat er den GRÜNEN stark voraus. Ich möchte einmal genau zitieren, was der Herr Ministerpräsident gesagt hat, und das unterscheidet sich in keiner Weise von dem, was unser Innenminister gesagt hat. Er hat gesagt: Wenn Syrer jetzt nach Syrien zurückkehren wollen, um das Land aufzubauen, dann sollten wir sie bei der freiwilligen Ausreise unterstützen. – Das hat Herr Ministerpräsident Söder gesagt. In dieser Aussage ist keinerlei Schärfe enthalten.

Ich hätte auch noch eine ganz konkrete Frage. Sie sprechen immer von "Integration". Was ist los mit der Integration? – Sie haben die Integrationsmittel in Berlin gekürzt. Sprachkurse können nicht mehr finanziert werden.

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Herr Kollege, achten Sie bitte auf Ihre Redezeit.

Karl Straub (CSU): Letzte Frage: Wie stehen Sie zum Acht-Punkte-Plan, der die gleichen Punkte enthält wie unserer?

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Herr Kollege, Ihre Redezeit ist zu Ende.

Karl Straub (CSU): Wie stehen Sie zum Plan von Frau Baerbock? Ist der falsch?

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Florian Siekmann (GRÜNE): Herr Kollege Straub, ganz im Ernst: Glauben Sie denn wirklich, dass das Theater der letzten Tage und der Versuch, sich mit Forderungen nach einer Rückführung von Syrern zu überbieten, in irgendeiner Weise dazu geführt hat, dass sich jemand sicherer fühlt oder klarer weiß, ob er nach Syrien zurückkehrt oder nicht?

(Volkmar Halbleib (SPD): So ist es!)

Diese Forderung wurde schon am Folgetag des Sturzes des Regimes erhoben, das Foltergefängnisse betrieben hat, in denen Angehörige jetzt verzweifelt nach menschlichen Überresten ihrer Familienmitglieder suchen. Das ist einfach nicht der Zeitpunkt für solche Forderungen. Natürlich ist der Plan auf Bundesebene richtig. Wir sind hier im Bayerischen Landtag. Deswegen fordern wir die Bayerische Staatsregierung deutlich auf, das zu tun, was wir hier in Bayern tun können, um den Menschen in einer so schwierigen und unübersichtlichen Lage Sicherheit zu geben.

(Kerstin Schreyer (CSU): Wir machen unseren Job!)

Jetzt zu Ihren Integrationskursen im Bund: Der Bundeshaushalt liegt dem Bundestag zur Abstimmung vor. Sie aber verweigern sich, über den Bundeshaushalt für das Jahr 2025 auch nur eine Minute zu reden.

(Zuruf des Abgeordneten Karl Straub (CSU))

Das Fehlen von Geld für Integrationskurse haben Sie deshalb genauso zu verantworten.

(Beifall bei den GRÜNEN – Zuruf des Abgeordneten Karl Straub (CSU))

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Als nächstem Redner erteile ich dem Abgeordneten Alexander Hold für die Fraktion der FREIEN WÄHLER das Wort.

Alexander Hold (FREIE WÄHLER): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Es ist schon bezeichnend, dass der Redner der AfD heute ausnahmsweise nicht die Zuschauer begrüßt hat, was er sonst immer tut. Dabei hätte er wohl auch demokratieinteressierte Menschen mit Migrationshintergrund begrüßen müssen. Dabei wäre ihm wahrscheinlich das Wort im Halse stecken geblieben.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU, der GRÜNEN und der SPD)

Ja, wir alle wünschen uns, dass nach dem Ende von Assads Folterregime Frieden und Ordnung in Syrien einkehren. Ein Ende des Bürgerkrieges ist die Voraussetzung für den nach dem Schreckensregime notwendigen Wiederaufbau und eine dauerhaft positive Entwicklung Syriens, die den Menschen dort wieder eine Perspektive gibt – eine Perspektive auf Frieden, Religionsfreiheit und einen Wiederaufbau.

Die Lage ist aber, wenn wir ehrlich sind, unklar. Es ist unklar, wer die Herrschaft übernimmt. Wird es wirklich Rechtsstaatlichkeit geben? Wird es ein Chaos geben? Wer sind die neuen Machthaber? Es gibt rivalisierende Milizen, denen Menschenrechtsverletzungen vorgeworfen werden. Es wurde schon gesagt, HTS ist eine Terrororganisation – wenigstens wurde diese Miliz bisher als solche klassifiziert. Es ist unklar, ob rivalisierende Interessen letzten Endes zueinanderfinden. All das ist momentan mehr als fraglich. Aktuell ist daher nicht prognostizierbar, ob sich die Situation nach diesem Umsturz stabilisieren wird und ob die in Deutschland lebenden syrischen Staatsangehörigen wirklich gefahrlos nach Syrien zurückkehren können.

Meine Damen und Herren, wer zwei Tage nach dem Ende des Assad-Regimes Maßnahmen zur "umgehenden Remigration" fordert, macht klar, dass ihm das Schicksal von Menschen völlig egal ist und ihm auch egal ist, ob in Syrien morgen Mord und Tot-

schlag stattfinden oder ein Bürgerkrieg tobt, dem geht es ganz klar nur um das dumpfe "Ausländer raus!"

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU, der GRÜNEN und der SPD)

Natürlich ist es klar, dass sich nun zumindest die Möglichkeit einer Perspektive zur Rückkehr auftut. Es ist richtig, die Lage in Syrien dahin gehend genau zu beobachten und täglich neu zu bewerten. Genau dazu fordern wir die Bundesregierung mit unserem gemeinsamen Dringlichkeitsantrag auf. Wir fordern sie auch dazu auf, sich im Rahmen internationaler Zusammenarbeit für eine Stabilisierung in Syrien starkzumachen. Es ist folgerichtig, wenn sich die Lage stabilisiert, die Weichen für eine Rückkehr zu stellen.

Programme, die eine Rückkehr fördern, sind sinnvoll. Man sollte das aber etwas differenzierter von sich geben, als pauschal 1.000 Euro für jeden zu fordern, der sich in ein von der Bundesrepublik Deutschland gechartertes Flugzeug setzt. Ganz ehrlich: Ich glaube nicht, dass diese 1.000 Euro Menschen wirklich zur Ausreise bewegen werden. Dieses Geld werden nur diejenigen mitnehmen, die ohnehin vorhatten auszureisen. Dann ist es aber rausgeschmissenes Geld. Das ist also alles ein bisschen vor-schnell.

Selbstverständlich müssen Programme in der Lage sein, Hilfe zu leisten und diejenigen zu unterstützen, die jetzt schon freiwillig zurückkehren wollen. Das ist eine eigene und höchstpersönliche Entscheidung. Ich glaube, wir tun gut daran, die Menschen zu unterstützen. Genau das hat unser Innenminister richtig gesagt. Ich glaube, dafür können wir ihm danken.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Natürlich muss der Satz Gültigkeit haben, dass auf der anderen Seite klar sein muss, dass alles unternommen werden muss, nun die Abschiebung von Straftätern, Gefähr-

dern und Extremisten möglich zu machen. Das ist selbstverständlich. Darüber gibt es auch unter Demokraten einen Konsens. Es ist auch richtig, dass jetzt in dieser dynamischen Situation keine Entscheidungen über den Schutzstatus mehr getroffen werden und dass die Bearbeitung von Asylanträgen gestoppt wird. Das hat aber das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge vernünftigerweise bereits so entschieden.

Meine Damen und Herren, wir dürfen aber nicht außer Acht lassen, dass von 93.000 syrischen Staatsangehörigen, die in Bayern leben, erfreulicherweise knapp 30.000 Personen in einer sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung stehen. Ungefähr die Hälfte von ihnen arbeitet als Fachkraft oder in höherwertigen Berufen. Unter ihnen sind auch Ärzte und Pfleger. In Deutschland praktizieren übrigens rund 5.800 syrische Ärzte. Anders als das hier gestern im Hohen Hause behauptet wurde, sollte das selbstverständlich für unser Gesundheitssystem eine Rolle spielen, wenn diese syrischen Ärzte sämtlich, wie Sie von der AfD das wollen, "remigriert" würden. Das sind Menschen, die einen wertvollen Beitrag zu unserer Gesellschaft leisten. Sie müssen wir nicht loswerden.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU und der SPD)

Bei gut integrierten syrischen Staatsangehörigen, die hier arbeiten und zum Teil schon über verfestigte Aufenthaltserlaubnisse verfügen, wäre es widersinnig, über eine Aufenthaltsbeendigung auch nur nachzudenken. Auch unsere Wirtschaft hätte dafür nicht das geringste Verständnis.

Herr Siekmann, letzten Endes wird hier kein doppeltes Spiel gespielt, wie Sie das behauptet haben. Seine Linie hat der Innenminister verdeutlicht. Er folgt einer klaren Linie. Herzlichen Dank an unseren Innenminister Joachim Herrmann, dass er mit Augenmaß und ohne Schaum vor dem Mund klarmacht, welche Linie wir fahren. Dafür ein Dankeschön.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Ich komme nun zu den einzelnen Dringlichkeitsanträgen. Warum wir den Dringlichkeitsantrag der AfD ablehnen, habe ich schon eingangs erläutert.

Die SPD und die GRÜNEN lassen mit ihren Dringlichkeitsanträgen Ziel und Willen erkennen, die Lage mit Bedacht neu zu bewerten. Dafür gilt ihnen mein herzlicher Dank. Allerdings erweckt der Dringlichkeitsantrag der SPD den Eindruck, als habe der Ministerpräsident gefordert, Syrer sofort in Flugzeuge zu setzen. Das habe ich ganz anders aufgefasst. Der Dringlichkeitsantrag der GRÜNEN fordert ganz pauschal, die Integration hier lebender Geflüchteter fortzuführen. Das ist wohl ein Appell an die künftige Bundesregierung, dasjenige zu schaffen und zu leisten, was die Ampel-Regierung nicht geschafft hat. Man muss fairerweise klarstellen: Es wird sich bei denjenigen, bei denen die Integration nicht gelungen ist, bei denjenigen, die ihren Unterhalt nicht selbst verdienen und erarbeiten und des Schutzes in Deutschland nicht mehr bedürfen, selbstverständlich zu gegebener Zeit die Frage stellen, ihren Aufenthalt zu beenden. Deswegen können wir uns mit diesen beiden Dringlichkeitsanträgen nicht anfreunden.

Wenn Sie unseren Dringlichkeitsantrag genau lesen, werden Sie feststellen, dass in ihm nichts steht, dem nicht auch Sie zustimmen können. Deswegen mein Appell: Stimmen Sie mit uns für den Dringlichkeitsantrag von CSU und FREIEN WÄHLERN.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Der Kollege Oskar Atzinger von der AfD-Fraktion hat sich zu einer Zwischenbemerkung gemeldet.

Oskar Atzinger (AfD): Werter Kollege Hold, es mag sein, wie Sie das sagen, dass rund 5.800 Ärzte syrischer Herkunft in Deutschland arbeiten; wenn aber eine Million Syrer das Bundesgebiet verlässt, dann besteht keine Notwendigkeit mehr, diese Ärzte hier zu beschäftigen.

(Zuruf des Abgeordneten Felix Freiherr von Zobel (FREIE WÄHLER))

Alexander Hold (FREIE WÄHLER): Ich weiß nicht, wo Sie die Erfahrung gemacht haben, dass syrische Ärzte nur syrische Asylbewerber behandeln. Es kann sein, dass auch Sie mal in eine Situation kommen, in der Sie froh sind, wenn in einer Notaufnahme ein syrischer Arzt Sie behandelt und man Ihnen nicht sagt: "Es tut uns leid, aber der syrische Arzt ist leider ausgereist", und Ihnen rät: "Kommen Sie mit Ihrem lebensbedrohlichen Zustand morgen wieder."

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU, der GRÜNEN und der SPD)

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Als nächstem Redner erteile ich dem Kollegen Martin Stock für die CSU-Fraktion das Wort.

Martin Stock (CSU): Sehr geehrter Herr Vizepräsident, sehr geehrter Herr Staatsminister, liebe Kolleginnen und Kollegen, verehrte Gäste auf der Besuchertribüne! Unerwartet, sowohl in seiner epochalen Wirkung als auch in der unfassbaren Schnelligkeit, wurde der syrischen Bevölkerung vor wenigen Tagen mit dem Sturz des Schlächters Baschar al-Assad ein vorgezogenes Weihnachtsgeschenk bereitet. Wie so oft bei unerwarteten Geschenken bleibt auch jetzt, vier Tage danach, noch rätselhaft, was sich genau hinter diesem Geschenk verbirgt und was man damit in Zukunft anfangen kann.

Sicher ist, dass der Sturz eines der berüchtigtsten Tyrannen dieser Erde Anlass für einen gewissen Hoffnungsschimmer ist, sowohl für die leidgeplagte syrische Bevölkerung als auch für die krisengeschüttelte Region des Nahen Ostens und nicht zuletzt auch mittelbar für uns in Deutschland und Europa.

Deutschland hat sich mit der Aufnahme von syrischen Flüchtlingen in den letzten Jahren äußerst solidarisch gezeigt. Syrien ist nach wie vor das Hauptherkunftsland für Asylantragsteller. 975.000 Menschen syrischer Herkunft leben, zum Teil seit vielen Jahren, bei uns, und das unter größter Kraftanstrengung, bis an die Grenzen der Belastbarkeit unseres finanziellen wie gesamtgesellschaftlichen Vermögens auf kommunaler, staatlicher und vor allem ehrenamtlicher Ebene.

Allen unseren Integrationshelfern, den Kommunalpolitikern, Behördenmitarbeitern und den vielen weiteren Beteiligten gebührt an dieser Stelle unser aufrichtiger Respekt und unser Dank, ein "Vergelts Gott" für die Bewältigung dieser nach wie vor immensen gesellschaftlichen Herausforderung für unser Land.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Gleichwohl ist es wichtiger denn je, jetzt zwei Dinge nicht aus den Augen zu verlieren: Humanität und Ordnung. Auch wenn es manchem schwerfällt, insbesondere im Hinblick auf den nahenden Wahltermin am 23. Februar, gilt es klarzustellen, dass das Schicksal der aus Syrien nach Deutschland Geflüchteten ein viel zu sensibles Thema ist, um als Wahlkampfthema mit billigen Parolen nach sofortiger Ausreise und Remigration herzuhalten. Ein schrittweises Vorgehen mit Augenmaß und sorgfältiger Bewertung der Lage ist jetzt das rechtsstaatliche Gebot der Stunde.

(Volkmar Halbleib (SPD): Da hat sich Jens Spahn auch nicht dran gehalten!)

Damit komme ich zu dem zweiten Aspekt neben der Humanität, nämlich der Ordnung. Ich kann hier nur vor reflexhaften und moralisierenden Imperativen warnen, die gerade aus dem linken Parteienspektrum kommen. Es ist keineswegs verfrüht oder gar zynisch, sondern vielmehr verantwortungsvoll und zweckmäßig, wenn wir bereits jetzt auf die dynamische Situation in Syrien reagieren und Kontakte zur dortigen neuen Führung aufnehmen, um in einem ersten Schritt Hilfe für einen Neuanfang eines völlig desolaten Staatssystems anzubieten. Ob man ihn sympathisch findet oder nicht: In Zukunft wird es unumgänglich sein, auch mit dem türkischen Präsidenten dauerhaft wieder ins Gespräch zu kommen. Ich hoffe, dass dies in einer pragmatischen Ära der postfeministischen Außenpolitik Deutschlands bald wieder möglich sein wird.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Darüber hinaus ist es sinnvoll, Programme vorzubereiten, die iterativ die Rückkehr der Geflüchteten in ihre Heimat fördern können; denn ohne Zweifel wird ein Wiederaufbau

in Syrien nicht allein durch Impulse von außen funktionieren. Dazu bedarf es auch, wie das unser Ministerpräsident gesagt hat, des tatkräftigen Einsatzes und der gemeinsamen Kraftanstrengung und Solidarität derer, die im letzten Jahrzehnt fern der Heimat in Sicherheit vor dem Assad-Regime leben durften. Herr Siekmann, in der Union gibt es bei diesem Thema kein doppeltes Spiel. Wir sind hier sehr klar. Selbstverständlich wollen wir nicht, weder jetzt noch später, eine grundsätzliche Ausweisung aller syrischen Geflüchteten. Viele dieser Menschen haben sich während des letzten Jahrzehnts vorbildlich in Deutschland integriert und sind, wie das Herr Staatsminister Joachim Herrmann sagte, herzlich eingeladen, bei uns zu bleiben.

Meine Damen und Herren, machen wir uns doch bitte nichts vor. Es ist nicht gerade so, dass von den 975.000 Menschen aus Syrien alle in Lohn und Arbeit stünden oder eine gelungene Integration erfahren hätten. Gestern war zu lesen, dass über ein Drittel der aus Syrien Geflüchteten in Deutschland sozialversicherungspflichtig beschäftigt ist. Im Umkehrschluss heißt das nichts anderes, als dass zwei Drittel dieser Menschen, also über 600.000 Menschen, dies nicht sind und staatliches Geld und Sozialleistungen erhalten. Deswegen ist es mehr als angezeigt, frühzeitig und in ihrem eigenen Interesse diesen Menschen eine Perspektive zu eröffnen. Ich sage nicht "sie auszuweisen". Das wäre aktuell viel zu früh und undurchführbar. Aber wir sollten ihnen Perspektiven für eine Rückkehr in die Heimat eröffnen.

Die Entscheidung des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge, aufgrund der unübersichtlichen Lage jetzt alle laufenden Asylverfahren zurückzustellen, ist als erster Schritt ausdrücklich zu begrüßen. Auch bei der Verlängerung von Aufenthaltstiteln sollte darauf geachtet werden, einen Aufenthalt nicht weiter zu verfestigen. Die Situation in Syrien sollte aber auch mehr denn je Anlass dafür sein, in der neuen Regierung in Berlin das zentrale Thema der Asylwende zu unterstreichen. Die neue Regierung muss endlich mit Nachdruck und Konsequenz ordnungs- und sicherheitspolitisch tätig werden.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Für die Staatsregierung erteile ich Herrn Staatsminister Joachim Herrmann das Wort.

Staatsminister Joachim Herrmann (Inneres, Sport und Integration): Herr Präsident, Hohes Haus! Das Ende der Schreckensherrschaft Baschar al-Assads kam schnell, überraschend und ist endgültig. Das Ende des Assad-Regimes ist ein gutes Zeichen und gibt Anlass zu Optimismus und Hoffnung. Ich freue mich darüber, und ich freue mich mit den Menschen in Syrien und aus Syrien, dass jetzt für dieses Land wieder eine Hoffnungsperspektive besteht.

Wahr ist aber auch: Die Lage vor Ort ist unübersichtlich. Wie sich die Situation genau entwickeln wird, wissen wir zum gegenwärtigen Zeitpunkt noch nicht. Es bleibt zu hoffen, dass sie sich zum Guten, hin zu Menschenrechten und zu einer freien und friedlichen Gesellschaft entwickelt. Das ist jetzt die vordringlichste und vornehmste Aufgabe, für die sich Bayern, Deutschland und die Europäische Union stark machen müssen. Ich darf anmerken, dass dazu in dem Dringlichkeitsantrag der AfD überhaupt kein Wort steht, kein Wort der Freude über den Sturz eines Tyrannen. Aber das ist klar: Für den Freundeskreis der Roten Armee ist die Niederlage in Syrien natürlich ein großer Rückschlag.

(Beifall bei der CSU, den FREIEN WÄHLERN, den GRÜNEN und der SPD)

Herr Kollege Siekmann, ich möchte Sie beruhigen: Zwischen den Aussagen des Ministerpräsidenten und meinen Aussagen gibt es nicht die geringsten Differenzen, ganz im Gegenteil. Wir ziehen wie immer an einem Strang. Sie haben sich über den Aufenthalt des Ministerpräsidenten Gedanken gemacht. Ich kann Ihnen sagen: Unser Ministerpräsident war gestern in Polen und hat dort Gespräche über die Zukunft Europas und im Interesse unseres Bayernlandes geführt. Heute befindet er sich in Tschechien, um mit dem tschechischen Ministerpräsidenten Gespräche zu führen. Es ist gut für unser Land, dass der Bayerische Ministerpräsident mit den Regierungschefs anderer europäischer Staaten auf Augenhöhe reden kann. Das ist vor allem angesichts des-

sen wichtig, dass die Bundesaußenministerin völlig desorientiert ist. Wir freuen uns darüber, dass unser Ministerpräsident solche Kontakte unmittelbar pflegt, und stehen voll dahinter.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN – Jürgen Mistol (GRÜNE): Billige Vorwürfe!)

Meine Damen und Herren, selbstverständlich müssen wir uns angesichts der aktuellen Entwicklungen in Syrien fragen, wer noch unseren Schutz benötigt, sobald in Syrien Stabilität und Humanität herrschen. Deshalb unterstütze ich die Entscheidung des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge, alle Entscheidungen über laufende Asylverfahren von Syrern zunächst einmal zurückzustellen, bis wir klarer sehen. In der jetzigen Situation ist es völlig überflüssig, neue Anerkennungsbescheide zu verschicken, wenn möglicherweise, was wir hoffen wollen, schon in den nächsten Wochen und Monaten kein Fluchtgrund mehr besteht.

Sollte das Ergebnis der Überprüfungen lauten, dass Syrien sicher und die Lage stabil ist, dann muss der Bund selbstverständlich unverzüglich handeln. Das gilt sowohl für neue Asylanträge als auch für die Überprüfung bestehender Asylberechtigungen; denn die Notwendigkeit, Personen Schutz zu gewähren, endet, wenn die Gefahr vorbei ist. Das ist internationales Recht, und das gilt ganz besonders, weil die allermeisten Menschen aus Syrien gar keinen persönlichen Asylanspruch haben, sondern die meisten dieser Menschen den sogenannten subsidiären Schutz für Bürgerkriegsflüchtlinge erhalten haben. Dazu sagen das internationale und das europäische Recht: Dieser Schutz endet logischerweise dann, wenn der Bürgerkrieg vorbei ist. Deshalb ist es nicht abwegig, darüber zu reden, sondern es ist notwendig, darüber zu reden.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Das Problem der hier auf den beiden Außenseiten vertretenen Positionen ist natürlich, dass die einen die ganze Situation verklären und die anderen völlig an der positiven Realität vorbeireden.

Wir müssen zur Kenntnis nehmen, dass von den Syrern, die sich heute in Deutschland aufhalten, 37 % arbeitslos sind; in Bayern sind es – in Anführungszeichen – "nur" 29 %. In Bayern erhalten gegenwärtig über 40.000 syrische Staatsangehörige Bürgergeld; davon sind rund 12.000 arbeitslos. Diese könnten nach der Rechtslage arbeiten, aber sie haben bisher keinen Arbeitsplatz gefunden, haben keine Lust zu arbeiten oder wie auch immer. Es gibt auch – das muss man klar benennen – Leute, die sind seit zehn Jahren hier und können nach wie vor kein Deutsch. Das ist leider auch Realität. Es ist Unsinn, davor die Augen zu verschließen. Das bedeutet durchaus eine erhebliche Belastung für unser Sozialsystem und den Steuerzahler.

Deswegen unterstützen wir diejenigen, die bei einer stabilen Situation in Syrien wieder in ihre syrische Heimat zurückkehren wollen. Dafür gibt es seit Langem Rückkehrprogramme des Bundes und Europas. Bayern unterstützt diese. Wir freuen uns, wenn jemand die Gelegenheit hat, freiwillig in seine syrische Heimat zurückzukehren. Wir müssen schon jetzt überlegen, wie entsprechende Rückführungsmaßnahmen aussehen könnten. Es muss insbesondere möglich sein – darüber rede ich schon seit Jahren –, Straftäter so schnell wie möglich abzuschieben. Die müssen unser Land verlassen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Das müssen wir angehen. Wir müssen uns aktiv um die Situation kümmern.

Es ist wichtig, dass Frau von der Leyen nächste Woche in die Türkei reist, um mit Erdogan darüber zu sprechen. Es bringt doch nichts, wie die Bundesaußenministerin erklärt hat, zu sagen: Ich mag diese Diskussion nicht. – Dadurch wird die Situation nicht besser. Wir müssen uns aktiv darum kümmern, dass da jetzt etwas Vernünftiges vorangeht.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Klar ist nun mal: Wer kein Bleiberecht hat, weil die Gründe für seinen Schutz entfallen sind und sich das Bleiberecht auch nicht anderweitig verfestigt hat, muss unser Land wieder verlassen. Das gehört zu Humanität und Ordnung.

Irgendwo anders in der Welt wird zu einem anderen Zeitpunkt wieder eine neue Krise auftreten. Wir werden den Menschen auf Dauer den Fortbestand eines neuen und modernen Flüchtlings- und Asylrechts nur dann erklären können, wenn die Menschen merken, dass nach dem Ende der Krise die Hilfeleistungen enden. Damals, nach dem jugoslawischen Bürgerkrieg, haben die Hilfen auch geendet. Nur so erhalten wir unsere Fähigkeit, bei der nächsten Krise wieder zu helfen. Sonst sagen die Leute irgendwann einmal: Das geht gar nicht mehr. Nein, in eine solche Situation dürfen wir nicht kommen.

Meine Damen und Herren, wir dürfen aber auch nicht vergessen – ich bin dankbar dafür, dass das angesprochen worden ist –, dass viele Menschen aus Syrien nach vielen Jahren in Deutschland bestens integriert sind. Ich will nur die Zahlen nennen: Wir haben im vergangenen Jahr 2023 allein in Bayern über 10.000 syrische Staatsangehörige eingebürgert, wohlgemerkt nach dem alten Staatsangehörigkeitsrecht. Wir halten manche Veränderungen in diesem Jahr für völlig überzogen, aber diese Menschen sind noch nach dem alten Staatsangehörigkeitsrecht eingebürgert worden. Sie haben den Nachweis geführt, dass sie gut Deutsch sprechen können. Sie verfügen über einen Arbeitsplatz und sorgen selbst für ihren Lebensunterhalt und bekommen keine Sozialleistungen. Das sind die Voraussetzungen dafür, dass jemand die Staatsangehörigkeit erhält. Das ist der Beleg dafür, dass sich Menschen hier sehr gut integriert haben.

Neben den 10.000 Eingebürgerten – sie zählen nicht mehr als Syrer, sondern als deutsche Staatsangehörige – gibt es noch einmal 25.000 Menschen in unserem Land, die einer sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung nachgehen, die auch ihren Job machen, die mithelfen, dass in Bayern insgesamt gut gearbeitet wird. Diese Männer

und Frauen halten unser Land mit am Laufen und tragen Tag für Tag zu unserem Wohlstand bei.

Es wird mutmaßlich einige geben – das haben wir schon mit anderen Ländern erlebt –, die trotzdem so bald wie möglich in ihre syrische Heimat zurückkehren wollen. Das respektieren wir natürlich. Aber wir werden auch viele Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber in unserem Land haben, die dringend darum bitten werden, dass die Leute bei ihnen bleiben dürfen, weil sie keinen qualifizierten Ersatz haben. Das sollten wir auch respektieren.

Keiner kommt ernsthaft auf die Idee, dass wir einer Firma, die einen hoch qualifizierten Mitarbeiter hat und diesen auch behalten möchte, sagen: Nein, den schmeißen wir aber raus. – Wer ein verfestigtes Aufenthaltsrecht hat, der darf auch hier bleiben.

(Beifall bei der CSU und FREIEN WÄHLERN)

Ich möchte dieses Beispiel aufgreifen: Nach den bundesweiten Statistiken haben wir allein in der Bundesrepublik Deutschland gegenwärtig 5.800 syrische Ärztinnen und Ärzte in medizinischen Jobs. Ich möchte klar festhalten: Es kann doch nicht allen Ernstes jemand wie die AfD sagen: Die schmeißen wir alle raus. Wir wollen keine Syrer mehr, wir wollen eine ethnische Säuberung haben und dergleichen mehr. – Das ist unerträglich.

(Widerspruch bei der AfD)

Sie haben von Ethnien gesprochen.

(Anhaltender Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN – Lebhafter Widerspruch bei der AfD – Prof. Dr. Ingo Hahn (AfD): Eine Schande ist das! – Unruhe – Johannes Becher (GRÜNE): Wenn es eine Bestätigung gebraucht hat, dass der Minister recht hat, dann ist es diese Reaktion! – Volkmar Halbleib (SPD): Wenn man euch einmal den Spiegel vorhält! – Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Wenn Sie sich beruhigen würden, könnten wir in der Sitzung fortfahren. – Herr Staatsminister, sind Sie am Ende Ihrer Rede?

Staatsminister Joachim Herrmann (Inneres, Sport und Integration): Der Antrag der Fraktionen von CSU und FREIEN WÄHLERN zieht aus meiner Sicht die richtigen Konsequenzen: Realismus, Humanität und Ordnung. Ich bedanke mich ausdrücklich für diesen Antrag. Ich bitte um die Unterstützung des Hohen Hauses.

Ich wünsche im Übrigen gerade auch den Menschen in Syrien, im Libanon, in Israel und in Palästina ein frohes, gesegnetes Weihnachtsfest und Frieden in Freiheit im neuen Jahr. Lassen Sie uns alle gemeinsam daran arbeiten.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der GRÜNEN)

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Es liegen zwei Meldungen zu einer Zwischenbemerkung vor. – Zunächst der Kollege Richard Graupner.

Richard Graupner (AfD): Herr Staatsminister, ich hatte mir eigentlich eine andere Zwischenbemerkung notiert, aber nach Ihren letzten Ausführungen muss ich schon etwas dazu sagen. Sie haben den Begriff "der ethnischen Säuberung" in unsere Richtung gesagt. "Ethnische Säuberungen" – das wissen Sie ganz genau – werden normalerweise im Zusammenhang mit Völkermord genannt. Ich habe Sie immer als aufrechten, korrekten Politiker geschätzt, der immer Form und Anstand gewahrt hat, obwohl wir vielleicht unterschiedlicher Meinung gewesen sind. Aber für diesen billigen Applaus Ihre eigene Reputation als anständiger Politiker aufs Spiel zu setzen, das ist wirklich das Allerletzte. Das ist das Allerletzte hier im Haus.

(Beifall bei der AfD – Toni Schuberl (GRÜNE): Euer Beschluss in Greding! Da habt ihr es gerade einstimmig beschlossen!)

Jetzt schnell noch die Frage, die ich eigentlich hatte: Plant die Bayerische Staatsregierung so wie ihre Schwesterpartei in Österreich mit dem österreichischen Kanzler ein

Rückführungs- und Abschiebeprogramm für Syrer? Die arbeiten dieses Programm nämlich aus, damit es auf dem Tisch liegt, sobald das möglich ist. Oder legt die Staatsregierung wieder nur die Hände in den Schoß und sagt: Schauen wir mal, was kommt?

Staatsminister Joachim Herrmann (Inneres, Sport und Integration): Ich habe mit keiner Silbe von Völkermord oder dergleichen gesprochen.

(Widerspruch bei der AfD – Zurufe von der AfD: Ethnische Säuberung!)

– Ja, ja. – Sie können das im Protokoll Ihrer eigenen Rede nachlesen. Sie haben vorhin gegenüber den Gegnern Ihrer Politik diese alte Mär in die Debatte eingebracht, dass es irgendjemanden in unserem Land gäbe, der für das Ziel einer ethnischen Vermischung eintritt. So ungefähr waren vorhin Ihre Worte.

Entschuldigung, Sie erklären klar, dass Sie das verhindern wollen, und das auch im Kontext mit der qualifizierten Zuwanderung von Menschen. Deshalb habe ich diese syrischen Ärzte noch einmal genannt, die hier bestens integriert sind und zum Erfolg unseres Landes beitragen. Wenn Sie in diesem Zusammenhang als Kritik anführen, dass hier jemand an der ethnischen Vermischung in unserem Land arbeiten würde, kann ich daraus doch nur den Schluss ziehen, dass Sie genau das verhindern wollen und dass Sie sozusagen die Menschen, egal in welchem Beruf, wieder danach einteilen wollen, wo sie geboren sind, welche Herkunft sie haben oder was auch immer, und dass Sie deswegen – das haben Sie ausdrücklich so angesprochen – auch Menschen, die hier in den Arbeitsmarkt gut integriert sind,

(Zuruf des Abgeordneten Prof. Dr. Ingo Hahn (AfD) – Widerspruch bei der AfD)

wieder rausschmeißen wollen. Das ist der Inhalt Ihrer Rede gewesen. Dem muss ich klar widersprechen.

(Beifall bei der CSU, den FREIEN WÄHLERN, den GRÜNEN und der SPD)

Was den anderen Punkt betrifft, will ich noch einmal sagen: Ich habe das klar angesprochen. Ja, wir müssen das klar vorbereiten. Wir müssen uns auf eine solche Situation vorbereiten, wenn, wie wir hoffen, eine stabile Situation mit der Gewährleistung von Menschenrechten usw. in Syrien eintritt. Wir müssen vorbereiten, dass wir natürlich die Programme weiterführen, die es – wohlgemerkt – schon gibt, damit Menschen mit entsprechender Unterstützung wieder in ihre Heimat zurückkehren können. Aber selbstverständlich bringen wir auch die Ausweisung von Menschen, die sich hier nicht integrieren, vor allen Dingen und am krassesten natürlich die Ausweisung von Straftätern voran. All das habe ich klar angesprochen. Dass wir dazu allerdings auch Entscheidungen des Bundes brauchen, ist der Unterschied zu Österreich. Sie sprechen von dem, was dort auf nationaler Ebene gehandelt wird. Wir werden das von Bayern aus bestmöglich vorbereiten. Aber wir brauchen dazu auch eine andere Politik in Berlin, die dies voranbringt.

Ich sage klar: Ja, wir wollen das vernünftig vorbereiten. Aber klar ist natürlich auch, dass sich zunächst einmal die Situation in Syrien weiter positiv verändern muss. Dazu wollen wir eben auch unseren Beitrag leisten.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Wir haben noch eine zweite Meldung zu einer Zwischenbemerkung, vom Kollegen Florian Siekmann.

Florian Siekmann (GRÜNE): Herr Staatsminister Herrmann, jetzt haben Sie die Außenministerin attackiert. Was ist denn Ihre Meinung zum Acht-Punkte-Plan zu Syrien

(Thomas Huber (CSU): Hat er doch gesagt!)

und zu dem neu eingesetzten Syrienkoordinator, der sich jetzt bereits wieder um den Aufbau der diplomatischen Beziehungen kümmert?

Jetzt haben Sie ja gelobt, dass der Ministerpräsident außenpolitisch unterwegs ist. Was ist denn sein außenpolitischer Beitrag abseits des pauschalen Infragestellens des

Rechtsgrunds für den Verbleib der Syrerinnen und Syrer in Deutschland? Was ist der Beitrag, um das Ganze jetzt außenpolitisch zu lösen?

Staatsminister Joachim Herrmann (Inneres, Sport und Integration): Ich habe zunächst einmal davon gesprochen, dass der Ministerpräsident gestern in Polen war und heute in Tschechien ist. Aber wir werden uns natürlich auch um die Lage dort weiter kümmern. Ich habe ausdrücklich darauf hingewiesen, dass wir es sehr begrüßen, dass Frau von der Leyen in der kommenden Woche in die Türkei reisen wird; denn es ist wichtig, das Thema aktiv anzugehen.

Ich habe vor allen Dingen nur kritisiert – die anderen Punkte, die Sie angesprochen haben, sind so weit richtig –, dass der Hauptkommentar der Bundesaußenministerin vor drei Tagen war, sie möge diese ganze Diskussion nicht; es sei völlig verfehlt, überhaupt öffentlich darüber zu debattieren, wie es weitergeht, und deshalb dürfe man jetzt auch nicht darüber reden, wie es ist, wenn es gut läuft und wann man dann Leute wieder zurückführen kann. – Das ist fehl am Platz. Wir werden die Probleme nicht dadurch lösen, indem wir Diskussionsverbote erlassen, sondern ganz im Gegenteil, wir müssen die Themen aufgreifen. Wir müssen über den richtigen Weg reden, und dann müssen wir konsequent handeln. Dafür steht die CSU, steht die Staatsregierung, steht diese Koalition auch weiterhin.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Ich teile dem Hohen Haus mit, dass die AfD-Fraktion wegen der Ausführungen des Herrn Staatsministers die Einberufung des Ältestenrates beantragt hat. Ich werde diesem Ansinnen nicht nachkommen. Nachdem der Herr Staatsminister seine Äußerungen und seine Ausführungen noch einmal dargelegt hat, gibt es keine Notwendigkeit, hier jetzt im Ältestenrat darüber zu befinden. Außerdem ist die Rügemöglichkeit gegenüber Mitgliedern der Staatsregierung ohnehin eingeschränkt.

Deshalb fahre ich in der Tagesordnung fort, und wir kommen zur Abstimmung. Hierzu werden die Anträge wieder getrennt. Zunächst, bevor wir über den Antrag der CSU-Fraktion und der Fraktion FREIE WÄHLER namentlich abstimmen, stimmen wir über die weiteren Anträge ab.

Wer dem Dringlichkeitsantrag der AfD-Fraktion auf Drucksache 19/4313 seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist die AfD-Fraktion. Gegenstimmen bitte ich anzuzeigen. – Das ist das übrige Haus. Damit ist dieser Antrag abgelehnt.

Wer dem nachgezogenen Dringlichkeitsantrag der SPD-Fraktion auf Drucksache 19/4362 seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und die SPD-Fraktion. Gegenstimmen bitte ich anzuzeigen. – Fraktion FREIE WÄHLER, CSU-Fraktion und AfD-Fraktion. Damit ist dieser Dringlichkeitsantrag ebenfalls abgelehnt.

Wir kommen zum nachgezogenen Dringlichkeitsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Drucksache 19/4363. Wer diesem Antrag seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD. Gegenstimmen bitte ich anzuzeigen. – Fraktion FREIE WÄHLER, CSU-Fraktion und AfD-Fraktion. Damit ist auch dieser Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

Wir kommen zur Abstimmung über den Dringlichkeitsantrag der CSU-Fraktion und der Fraktion FREIE WÄHLER auf Drucksache 19/4311. Diese findet in namentlicher Form elektronisch statt. Ich eröffne die Abstimmung, drei Minuten.

(Namentliche Abstimmung von 10:06 bis 10:08 Uhr)

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold: Werte Kolleginnen und Kollegen, ich bitte, wieder Platz zu nehmen. Die Abstimmungszeit ist abgelaufen. Das Ergebnis wird dann gelegentlich bekannt gegeben.

(Unruhe)

Wenn Sie wieder etwas zur Ruhe kommen könnten und nach Möglichkeit auch Platz nehmen würden. – –

Mir ist ein Fehler unterlaufen. Wir haben drei Minuten Abstimmungszeit. Ich dachte, zwei Minuten würden reichen, so laut wie es war. Die Abstimmung ist also noch nicht geschlossen. Sie können weiterhin abstimmen, wenn Sie bisher noch nicht Gelegenheit dazu hatten.

(Fortsetzung der namentlichen Abstimmung von 10:08 bis 10:09 Uhr)

So, Werte Kolleginnen und Kollegen, jetzt sind die drei Minuten abgelaufen. Die Abstimmung ist damit beendet. Das Ergebnis wird demnächst bekannt gegeben.

(...)

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold: Bevor wir zum nächsten Dringlichkeitsantrag kommen, gebe ich das Ergebnis der namentlichen Abstimmung zum Dringlichkeitsantrag der CSU-Fraktion und der Fraktion FREIE WÄHLER betreffend "Neue Entwicklungen in Syrien: Aktuelle Situation genau beobachten und angemessene Konsequenzen in der Asylpolitik ziehen" auf Drucksache 19/4311 bekannt. Mit Ja haben 89 Abgeordnete gestimmt, mit Nein 49 Abgeordnete; es gab 12 Stimmenthaltungen. Damit ist dieser Dringlichkeitsantrag angenommen.

(Abstimmungsliste siehe Anlage)

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 12.12.2024 zum Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Klaus Holetschek, Michael Hofmann, Prof. Dr. Winfried Bausback u. a. und Fraktion CSU, der Abgeordneten Florian Streibl, Felix Locke, Alexander Hold u. a. und Fraktion FREIE WÄHLER; Neue Entwicklungen in Syrien: Aktuelle Situation genau beobachten und angemessene Konsequenzen in der Asylpolitik ziehen (Drucksache 19/4311)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Adjei Benjamin		X	
Aigner Ilse	X		
Aiwanger Hubert	X		
Arnold Dieter		X	
Arnold Horst		X	
Artmann Daniel	X		
Atzinger Oskar		X	
Bäumler Nicole			X
Bauer Volker	X		
Baumann Jörg		X	
Baumgärtner Jürgen			
Baur Konrad			
Prof. Dr. Bausback Winfried	X		
Becher Johannes		X	
Beck Tobias	X		
Becker Barbara	X		
Dr. Behr Andrea	X		
Behringer Martin	X		
Beißwenger Eric			
Bergmüller Franz			
Bernreiter Christian			
Birzele Andreas		X	
Blume Markus			
Böhm Martin		X	
Bötl Maximilian			
Bozoglu Cemal		X	
Brannekämper Robert			
von Brunn Florian			X
Dr. Brunnhuber Martin	X		
Dr. Büchler Markus			
Celina Kerstin		X	
Deisenhofer Maximilian		X	
Demirel Gülseren			
Dierkes Rene		X	
Dierl Franc	X		
Dr. Dietrich Alexander	X		
Dietz Leo			
Dorow Alex			
Dremel Holger	X		
Dünkel Norbert	X		
Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Eberwein Jürgen	X		
Dr. Ebner Stefan			
Ebner-Steiner Katrin			
Dr. Eiling-Hütig Ute	X		
Eisenreich Georg			
Enders Susann	X		
Fackler Wolfgang	X		
Fehlner Martina			
Feichtmeier Christiane			X
Flierl Alexander			
Freller Karl	X		
Freudenberger Thorsten	X		
Friedl Patrick		X	
Friesinger Sebastian	X		
Frühbeißer Stefan	X		
Fuchs Barbara		X	
Füracker Albert			
Gerlach Judith			
Gießübel Martina	X		
Glauber Thorsten	X		
Goller Mia		X	
Gotthardt Tobias	X		
Graupner Richard		X	
Grießhammer Holger			
Grob Alfred	X		
Groß Johann	X		
Gross Sabine			
Grossmann Patrick			
Guttenberger Petra	X		
Prof. Dr. Hahn Ingo		X	
Halbleib Volkmar			X
Halembe Daniel			
Hanna-Krahl Andreas		X	
Hartmann Ludwig		X	
Hauber Wolfgang	X		
Heinisch Bernhard	X		
Heisl Josef	X		
Dr. Herrmann Florian	X		
Herrmann Joachim	X		
Hierneis Christian		X	
Högl Petra			

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Hofmann Michael	X		
Hold Alexander	X		
Holetschek Klaus			
Holz Thomas	X		
Dr. Hopp Gerhard	X		
Huber Martin		X	
Huber Martin Andreas			
Huber Thomas	X		
Huml Melanie	X		
Jäckel Andreas			
Jakob Marina	X		
Jungbauer Björn	X		
Jurca Andreas		X	
Kaniber Michaela			
Kaufmann Andreas			
Kirchner Sandro			
Knoblach Paul			
Knoll Manuel	X		
Köhler Claudia		X	
Köhler Florian		X	
Kohler Jochen	X		
Koller Michael	X		
Konrad Joachim			
Kraus Nikolaus	X		
Kühn Harald	X		
Kurz Sanne		X	
Lausch Josef	X		
Lettenbauer Eva			
Lindinger Christian	X		
Lipp Oskar		X	
Locke Felix	X		
Löw Stefan			
Dr. Loibl Petra	X		
Ludwig Rainer	X		
Magerl Roland		X	
Maier Christoph		X	
Mang Ferdinand			
Mannes Gerd		X	
Dr. Mehring Fabian			
Meier Johannes		X	
Meußgeier Harald		X	
Meyer Stefan	X		
Miskowitsch Benjamin	X		
Mistol Jürgen		X	
Mittag Martin	X		
Müller Johann		X	
Müller Ruth			X
Müller Ulrike	X		
Nolte Benjamin		X	
Nussel Walter	X		
Dr. Oetzingen Stephan	X		
Osgyan Verena		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Pargent Tim		X	
Prof. Dr. Piazzolo Michael			X
Pirner Thomas	X		
Pohl Bernhard	X		
Post Julia			
Preidl Julian	X		
Rasehorn Anna			
Rauscher Doris			X
Reiß Tobias	X		
Rinderspacher Markus			X
Rittel Anton	X		
Roon Elena		X	
Saller Markus	X		
Schack Jenny	X		
Schalk Andreas	X		
Scharf Martin	X		
Scharf Ulrike			
Scheuenstuhl Harry			X
Schießl Werner	X		
Schmid Franz			
Schmid Josef			
Schmidt Gabi			
Schnotz Helmut	X		
Schnürer Sascha	X		
Schöffel Martin			
Schorer-Dremel Tanja	X		
Schreyer Kerstin	X		
Schuberl Toni		X	
Schuhknecht Stephanie		X	
Schulze Katharina			
Schwab Thorsten	X		
Dr. Schwartz Harald	X		
Seidenath Bernhard	X		
Siekmann Florian		X	
Singer Ulrich			
Dr. Söder Markus			
Sowa Ursula		X	
Stadler Ralf			
Stieglitz Werner	X		
Stock Martin	X		
Stolz Anna			
Storm Ramona		X	
Straub Karl	X		
Streibl Florian	X		
Striedl Markus			
Dr. Strohmayr Simone			
Stümpfig Martin		X	
Tasdelen Arif			X
Tomaschko Peter	X		
Toso Roswitha	X		
Trautner Carolina	X		
Triebel Gabriele		X	
Vogel Steffen	X		

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Vogler Matthias		X	
Wachler Peter	X		
Wagle Martin	X		
Walbrunn Markus		X	
Freiherr von Waldenfels Kristan	X		
Waldmann Ruth			X
Weber Laura		X	
Dr. Weigand Sabine			
Weigert Roland			
Weitzel Katja			X
Widmann Jutta	X		
Winhart Andreas		X	
Zellmeier Josef			
Zierer Benno	X		
Freiherr von Zobel Felix	X		
Zöller Thomas	X		
Zwanziger Christian		X	
Gesamtsumme	89	49	12